

Wissenschaftliche



Zeitung

10 Pfennig

Gegründet

1704

Mit

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Kurszettel

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Belagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag: Direktor: Chefredakteur: Georg Bernhard Varnau. Druckerei (im Ansb.-Handelstr.) Carl M. v. S., Berlin, Unter. Manuskr. werden nur zurückgenommen, wenn Porto beiliegend.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Postfach-Zentrale Ullstein: Am Dönhof (A 7) 3600-3603 für den Parverband Am Dönhof 3604-3608. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postbescheidkarte Berlin 4906.

Die Kabinettsitzung in Berlin

Gonnabend vormittag

Die Mitglieder des Reichskabinetts, mit Ausnahme des Rainers und des Außenministers, sind für morgen zu einer Beratung eingeladen worden, die ausschließlich den Center-Verhandlungen gewidmet sein soll. Den Vorsitz im Kabinett wird, wenn es bis dahin in Berlin eingetroffen sein sollte, General Croener führen, sonst der nächste ranghöchste Minister Dr. Curtius.

Es ist nicht anzunehmen, daß das Reichskabinett lediglich zusammenberufen worden ist, um über den Verlauf der Center-Besprechungen über die Räumungsforderung unterrichtet zu werden. Man vermutet, daß der Reichsanstalt sich in Genf nicht darauf beschränken will, die Vorläufige Briand auszufragen und zu ihnen Stellung zu nehmen, sondern daß er sich in erster Linie auf den auf Sonntag kommenden sechs-Mächte-Konferenz vorbereiten möchte, für die er bis zur Erfüllung des Gesamt-kabinetts zu führen wünscht. Unter diesen Voraussetzungen ist der morgigen Kabinettsberatung besondere Bedeutung beizumessen.

Es ist bereits gesagt worden, daß man die Ergebnisse der gestrigen Center-Konferenz in Berlin freudig begrüßt, aber man sieht immer noch erhebliche Schwierigkeiten, hofft allerdings, daß sie noch aus dem Wege geräumt werden können. Man glaubt hier, die Proprietoren Briand in folgenden Formulierungen zu formulieren zu können:

Deutschland soll sich damit einverstanden erklären, daß in einigen Wochen in Paris zwei Experten-Kommissionen aufzutreten, die Vorläufige für eine endgültige Regelung der Reparationsverpflichtungen ausarbeiten. Eine Kommission soll von der deutschen Regierung ernannt, die eine von den Briten ernannt, alle von Frankreich, England, Belgien und Italien zusammengefaßt werden.

Deutschland soll ferner zustimmen, daß der Räumung der besetzten Zonen des Rheinlandes eine sogenannte „Konkordanz-Kommission“ eingesetzt werde, die in deutschen und französischen Organen als Beobachter fungieren soll. Als feine Kontrolle, nach seine militärische Organisation, sondern eine Sachverständigen-Kommission von Genf hergeleitet wäre.

An dem Tage, an dem die deutsche Regierung ihre formale Zustimmung zu der Einsetzung dieser Kommissionen (Sachverständigen- und Konkordanz-Kommissionen) erteilt, werden die Verhandlungen die sofortige Räumung der zweiten Zone anordnen und sich verpflichten, auch die dritte Zone zu räumen, so bald eine Vereinbarung über die endgültige Regelung der Reparationen erfolgt und von den Regierungen des Abkommens genehmigt worden ist.

Daraus ergibt sich, daß Berliner Auffassung, daß man am Donnerstag inoffiziell weiter gekommen ist, als in der Konferenz am Sonntag.

Müller soll kommen

Graf Bethov hat, wie von deutschamerikanischer Seite mitgeteilt wird, durch das Außenministerium dem Reichsanstalt das Erdrücken übermitteln:

„Vor weiteren Verhandlungen zwecks Stillnahme mit dem Auswärtigen Amt vorübergehend nach Berlin zurückzuführen. Er hat Herrn Scheidemann erklärt, sich Berlin Besuche auszusprechen.“

Die Deutschnationalen sind in einer überaus kühnen Lage. Gesehen hat die Verträge, die Gegenstände sind den Anhängern einer Eingliederung in den Rahmen einer bewußten Staatspolitik und den Vorkämpfern des Ostmarken-Vertrages zu verfechten. Erst jetzt wieder hat die konföderative Gruppe durch Verfestigung eines letzten Ultimatum von dem deutschnationalen Parteimitglied der Bewegungsfunktion der deutschnationalen Führer durchdringt. Berechtigt der Wunsch nach Abwendung auf das Gebiet der Außenpolitik, das früher so oft und so erfolgreich die Tummelplätze nationaler Arbeitsschichten mitbrachte? Graf Bethov greift ohne viel Bedenken nach dem rettenden Strohhalm.

In Wänden alter parlamentarischer Tradition ist es üblich, bei wichtigen außenpolitischen Entscheidungen mit der Führer der Opposition in Verbindung zu treten. Das hat den Sinn, daß die Opposition, die sich als die Regierung vor morgen stellt, bis zu einem gewissen Grade die Verantwortung übernimmt. Die Mitte, die Graf Bethov jetzt von den Führer der Regierungsmehrheit, den Reichsanstalt, gedrückt hat, ist wohl das parteipolitische Mandat, aber es bedeutet zugleich — und das hat man offenbar übersehen — ein Verneinung der parlamentarischen Regierungsform, das dem Augenblick, wie es jetzt nicht, sondern im Verlauf der Zeit, die Stellung an die neuen Bedingungen des öffentlichen Lebens zu verbinden. Freilich, auch dem radikalsten Anhänger des Parlamentarismus geht die Forderung etwas zu weit, daß der Chef der Regierung während der Verhandlungen bestimmte parlamentarische Funktionen ausüben soll. Der Reichsanstalt schließt dem Auswärtigen Amt und dem gesamten Reichstag. Über eine Abweisung seiner Verantwortung durch vorherige Beratung von parlamentarischen Arbeitsschichten wäre das Gegenteil verneinung der Arbeitsteilung. Die Deutschnationalen haben auch früher schon den Parlamentarismus in größter Form überlistet und überlistet, indem sie bei der Regierungsbildung durch geheime Abstimmung ihrer Funktion dem Reichsanstalt bestimmte parlamentarische Aufgaben wählten. Wenn jetzt Graf Bethov den Reichsanstalt nach Berlin bitten will, so bedeutet das erneut die deutschnationalen Doppelzungenheit, die draußen im Land nach persönlicher Führung ruhen und im Parlament die Regierung wie ein Stroh am Gängelband halten wollen.

Es hätte eine andere Form gegeben, den Einfluß der deutschnationalen Opposition in Genf zur Geltung zu bringen. Eine Form, die den Vertrag hätte, völlig einwandfrei und unanfechtbar zu sein. Der Vorsitzende der deutschnationalen Reichstagsfraktion, der Abgeordnete v. Lindener, ist aufgefordert worden, die deutsche Delegation nach Genf zu begleiten. Er hat diese Aufforderung abgelehnt und damit eine Weigerung verurteilt, die nicht nur, sondern auch sein Verhalten über alles hinwegworte auf direktem Weg zu unterstützen. Wie wäre es, wenn Graf Bethov seinen Freund und Kollegen Vinzenz-Bildau veranlasse, das Verneinung gutzumachen? Wenn es nicht, so ist die deutsche Regierung, die den Vertrag nicht wirklich einleitet, die Deutschnationalen sollten einen Betrag annehmen nach Genf, als sie jütieren den Reichsanstalt nach Berlin.

Das liegt so klar auf der Hand, daß die Deutschnationalen kaum hoffen können irgend jemand durch ihre Wände zu täuschen. Sie wollen die Verantwortung verneinung, um aus ihrer Parteilinie einen Ausweg zu finden, aber sie erkennen nur, daß ihre inneren Gegenstände sich auf das Gebiet der Außenpolitik ausdehnen. Mit der Behauptung, daß Briand die Verantwortung übernahm, und das heißt die Verantwortung beibehalten, ist es auf die Dauer nicht getan. Stellt man aber die Frage, was jetzt geschähe, kann jetzt gibt es bei den Deutschnationalen ein williges Willkomm.

Die „Deutsche Tageszeitung“, deren früherer Chefredakteur Bethov die Leitung des Bundeskongresses leitete, hat in Reichstag Sitzung, hat zunächst die Behauptung aufgestellt, die Rede Briand mochte allen Hoffnungen auf eine Verständigung mit Frankreich ein Ende. Nach wie vor ist das oberste Ziel französischer Politik die Wiederherstellung der territorialen Einheit und der wirtschaftlichen Wohlfahrt. Die Quellen, wie einst die englische Einreisepolitik vor dem Krieg, die schließlich noch vor allem der deutschen Tüchtigkeit diente. Dieser Konflikt folgte aber schon lange darauf die feststehende, daß der Vertrag nicht nur einseitig in jedem Fall bestehen. Die „Frankfurter Zeitung“ hat ebenfalls die „deutsche“ geschlossene öffentliche Meinung in Deutschland vorzuziehen. Hier liegt, so sagt das deutschnationalen Blatt, ein Ver-

Die Grundzüge einer Einigung

Experten-Kommissionen für Reparationen / Konkordanz-Kommission für die Grenzgebiete / Die zweite Zone

Paris, 14. September

Nachrichtendienst der „Wissenschaftlichen Zeitung“

Die große Pariser Informationspresse stellt die Ergebnisse der gestrigen sechs-Mächte-Konferenz in Genf übereinstimmend so dar, daß die Möglichkeit einer Einigung über die Rheinland-räumung und über die endgültige Regelung der Reparationen fortgesetzt seien. Es seien auf dem guten Wege, den man jetzt eingeschlagen habe, noch manche undurchsichtige nicht letzte Hindernisse zu überwinden, aber die alle Parteien guten Willens seien, werde man noch zur Verständigung gelangen.

Die französischen Reichsvertreter behaupten, Reichsanstalt Müller-Franke habe zwar im Prinzip den deutschen Standpunkt aufrechtzuerhalten, daß Deutschland einen A. S. S. an sich an sich die letztmögliche sofortige Räumung des Rheinlandes be- züge. Er habe sich aber bereit erklärt, die Frage der Revision des Dawes-Planes und der sofortigen Stillfrierung eines Teiles der Eisenbahnkapitalien während der Verhandlungen über die Rheinland-räumung prüfen zu lassen. Dieser Entschluß ist dem Reichsanstalt um so leichter gefallen, als Deutschland schließlich schließlich ebenfalls ein großes Interesse an der Revision des Dawes-Planes habe, die unbedingt zu einer tiefgreifenden Verständigung der Gesamtmitglieder der deutschen Schulden führen müsse.

Bei der Revision des Dawes-Planes soll die Gesamtsumme der deutschen Schulden so bemessen werden, daß eine der „Reichsvertreter“ behaupten, eine wesentliche Verminderung der normalen Annuitäten, die jetzt 2,5 Milliarden betragen, herauskommen würde. Gleichzeitig soll Deutschland die formelle Zustimmung einer weiteren Verminderung ihrer Schuldsumme werden und der jährlich zu zahlenden Annuitäten zugunsten sein für den Fall, daß die Vereinigten Staaten sich zur Reduzierung der allierten Kriegsschulden ihrerseits bereit erklären würden.

Gleich soll man sich auch in großen Zügen über die Einsetzung eines Expertenkommissionen in Paris eine Gesamtregelung der Reparationen haben, die eine Einigung in der Räumungsfrage und in der Reparationsfrage erwarten läßt, würde nach übereinstimmender Darstellung des „Reichsvertreter“ und des „Reichsvertreter“, Frankreich die zweite Zone räumen und gleichzeitig ein freiwilliges Ver-

sprechen vor der gesamten Welt ablegen, die dritte Zone in dem Augenblick zu räumen, wo die Gesamtregelung der Reparationen abgeschlossen ist.

Sowas ist bereits, hat in „Reichsvertreter“ ausdrücklich, daß keineswegs daran gedacht werden könnte, entsprechend der Entfaltung der Genoa-Verträge für auswärtige Angelegenheiten irgendwelche Ehrengütergarantien für Polen und die Tschechoslowakei zu fordern. Ein derartiges Verlangen lasse sich weder vor dem Völkerbund noch vor der sechs-Mächte-Konferenz vertreten. Außerdem würde es die Bedeutung der Locarno-Verträge und des Antikriegspaktes beeinträchtigen und endlich keinerlei Zusagen auf Anbahnung durch Deutschland haben.

Diese Feststellung Sauerweins ist es um zu befehlen, als Berlin nun „Echo de Paris“ über die angebliche Besetzung der kleinen Verbündeten Besetzung heftig Klage führt. An demselben Polen sei demnach, aber auch die Tschechoslowakei, die in Frankreich stehende Lösung nicht mit belohnen freundlichen Augen an. Die Tschechoslowakei ist schließlich noch, daß sämtliche Wähler mit einem Gefühl der Enttäuschung vor allen ihren Einigungsmöglichkeiten bestehen und dabei immer wieder der Instanz Ausdruck geben, daß der Wächter der Verhandlungen trotz aller Schwierigkeiten nicht aufhänge mehr auf sich warten lassen, daß die Einigung wirklich auf der Hälfte des Weges und nicht auf Kosten des einen oder anderen Partners stattfinden. Man erwartet auch, daß der heutige Ministerpräsident keinerlei Opposition machen und den Bericht Briand billigen werde.

Vor Freitag von „Echo de Paris“ erklärt es als einen schlechten Witz, die Sicherheit der Rheingrenze und Frankreichs überhaupt keine „Konkordanz- und Verschönerungskommission“ zu übertragen, denn einmal sei diese Kommission angeordnet der Locarno-Verträge überhaupt überflüssig, dann aber sei es noch ein schweres Hindernis für Frankreich, wenn Frankreich bei einem deutsch-polnischen Konflikt oder bei der Befreiung des ungarischen Westteils der Ostfront einsetzten müßte. In diesen Augenblicken nämlich werde die Kommission genötigt sein, nicht gegen Deutschland sondern gegen Frankreich aufzutreten.

Schiffwerderin fährt nach Berlin

Nachrichtendienst der „Wissenschaftlichen Zeitung“

St. Etienne, 14. September

Der auf seiner Urlaubsreise in Deutschland befindliche russische Außenminister G. S. G. hat heute mittels G. S. S. in Genf, wo er sich seit Montag aufhält, im Auto verlassen und wird am Spätnachmittag in Berlin eintreffen.